

Saale-Beitung.

Fünfundzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die ogezeichneten Stellen
oder deren Raum mit 50 Pf. be-
rechnet und in einem Anzeigebuch
und allen Anzeigen-Schichten an-
genommen. Reklamen die Stelle 10 Pf.
Stück der Anzeigensumme vom
11 Uhr, in der Sonntagsnummer
ebenso 6 Pf. - Abteilungen von
Anzeigenstrichen, deren solche zahlreich
ist, müssen schriftlich erfolgen.
Erhalten täglich einmal.
Sonntags und Montags einmal.

Druck- und Anzeigenschäfts-
stelle Halle, Gr. Braunstraße 11.
Rebengassestraße Markt 24.

Nr. 178.

Halle, Freitag, den 14. April

1916.

Hefrige Feuerkämpfe im Maasgebiet

Vorstöße und Angriffsversuche in Ost und West blutig abgewiesen.

Unser Welthandel nach dem Kriege.

Von Professor Richard Eichhoff,
Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses.

Im großen Ganzen stimmen wir, wie unsere Leser einem Bericht der bisherigen Stellungnahme der „Saale-Zeitung“ zu der angeschnittenen Frage mit den Ausführungen Prof. Eichhoffs entnehmen können, dem Verlaufe zu; ohne freilich seinen Standpunkt in der Beurteilung der Hebe des preussischen Handelsministers von Eshom zu teilen. Gerade weil wir die Ansicht vertreten, daß unsere Handelsbeziehungen zum neutralen und feindlichen Ausland in vollem Umfang nach dem Kriege wiederhergestellt werden müssen, halten wir — trotz aller Schwierigkeiten, die wir nicht verkennen — den eigenen wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Welt um ihn, wie es der Handelsminister tat, mit ein paar kühnen Worten abzutun. Die engere wirtschaftliche Verknüpfung Mitteleuropas ist darum nicht bloße Theorie, sondern eine Frage von wahrstehender Bedeutung, deren Lösung ernstlich erwünscht werden muß. Die Rede.

Unser Welthandel, unser Ueberseehandel zumal, der vor dem Kriege einer der mächtigsten Faktoren der deutschen Volkswirtschaft bildete, ist seit vielen Monaten so gut wie brach gelegt; der Stand der deutschen Baluta beweist nicht leicht besser als alles andere, wie notwendig im Interesse des Volksganzen die Wiederherstellung unseres Welthandels nach dem Kriege ist. Kein Wunder daher das immer weitere Kreise unserer Baluta sich mit dieser Frage zu beschäftigen beginnen, deren Bedeutung nicht leicht übersehen werden kann.

Freilich gehen die Meinungen darüber noch auseinander, wie dieses Ziel am raschesten und leichtesten zu erreichen sei. Auf der einen Seite stehen allerlei Theoretiker, die eine engere wirtschaftliche Verbindung mit unseren heutigen Verbündeten, mit Oesterreich-Ungarn, sowie der Türkei und Bulgarien, empfehlen, und viele scheinen sich von dem Schlagwort „Mittel-Europa“ geradezu haben blenden lassen; auf der andern Seite stehen die Praktiker, die die Industrie, unsere Kaufleute und Fabrikanten, denken glücklicherweise ganz anders, wie denn beispielsweise noch jüngst in der diesjährigen Kreisversammlung des „Bereins Hamburger Exporteure“ einmütig festgestellt wurde, daß eine Ausdehnung unserer Beziehungen nach dem nahen Orient keinen Ersatz für unseren Ueberseehandel bieten könne. Und auch der preussische Handelsminister, Herr Dr. Eshom, hat in der letzten Tagung des Abgeordnetenhauses in überaus dankenswerter Weise denselben Standpunkt eingenommen, indem er, wie ein national-liberaler Redner sich ausdrückte, „etwas Wasser in diesen Wein“ goß und insbesondere die Bewegung für eine engere Gestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn auf ihr richtiges Maß zurückführte. Der Minister meinte, diese Bewegung werde nicht ohne und als eine Verstärkung der politischen Bande aufgeführt werden, die uns mit Oesterreich-Ungarn auf engste verknüpfen und lieber auch in Zukunft auf engste verknüpfen werden.“ Aber — so fügte er unter sorgfältigster Zustimmung aus dem Hause hinzu — „wirtschaftliche Fragen sind keine Gefühlsfragen, sondern sind Interessenfragen. Diese Regelung des Verhältnisses zu Oesterreich-Ungarn muß so erfolgen, daß die Interessen, und zwar beider Teile, dabei ihre Rechnung finden. Somit wirkt eine Regelung nicht verständig auf das politische Verhältnis, sondern hemmend. Da müssen wir zunächst mal wissen, wie die Kreise von Handel, Industrie und Landwirtschaft in Oesterreich-Ungarn selbst zu dieser Frage stehen, und darüber liegt noch ein ziemlich dichter Schleier. Weiter aber werden wir auf alle Fälle bei der Regelung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu den uns verbündeten Staaten einen Gesichtspunkt nicht aus dem Auge lassen dürfen. Wir müssen — das ist wieder das deutsche Interesse bei diesen Verhandlungen — sie so führen, daß dadurch unserem Handel und unserer Industrie nach dem Kriege der Verkehr mit den Neutralen und mit den jetzt noch feindlichen Staaten nicht erschwert oder unmöglich gemacht wird. Beides muß nebeneinander hergehen; wir brauchen den wirtschaftlichen und kommerziellen Verkehr mit unseren jetzigen Verbündeten, wir wollen ihn uns aber auch mit den neutralen Staaten und mit den feindlichen Staaten offen halten. Also auch hierauf wird Rücksicht genommen werden müssen; wir werden auch in Zukunft für unsere Industrie und unseren Handel den Weltmarkt nicht entbehren können.“

Das ist die Wahrheit. Und daß unser Ueberseehandel — schon mit Rücksicht auf den Bezug der wichtigsten Rohstoffe — dabei die bedeutendste Rolle spielt, wird niemand zu bestreiten wagen, der, um noch einmal mit dem Minister

Ämtliche Meldung der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 14. April.
Westlicher Kriegshauplay.

Abgehen von Heeremühe lebhaften, im Maas-Gebiet heftigen Feuerkämpfen ist nichts Wesentliches zu berichten. Angriffsversuche auf dem linken Maasufer erschienen unter unserem Artilleriefeuer schon in den Ausgangsgräben.

Westlicher Kriegshauplay.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls v. Hindenburg wurden in der Gegend von Carburowka (nordwestlich von Dinaburg) und südlich des Narocz-Sees begrenzte feindliche Vorstöße blutig abgewiesen.

Ebenso blieben bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls Prinzen Leopold von Bayern

Unternehmungen russischer Weiteilungen gegen Stellungen am Serowitsch, nördlich von Zirin erfolglos.

Balkan-Kriegshauplay.

Die gegnerische Artillerie war gestern östlich des Bardar teilweise lebhaft tätig.

In der Nacht vom 12. zum 13. April waren feindliche Flieger erfolglos von den Äußeren und Bogorodica östlich davon.

Oberste Heeresleitung.

Die Herren des Mittelmeeres.

Wie der „Secola“ aus Genua erfährt, haben sich die Unterseeboote der Mittelmächte zu Herren des Mittelmeeres gemacht. 90 000 Tonnen Kohlen für Italien sind in Genua und Savona nicht eingetroffen, weil sie verentzt wurden.

zu sprechen, wirtschaftliche Fragen nicht als Gefühlsfragen betrachtet, sondern sie als das behandelte, was sie wirklich sind: reine Interessenfragen. Nehmen wir nur einmal, wie Eugen Richter zu sagen pflegte, den Rechenstift zur Hand, und ein Blick in die ämtliche Handelsstatistik wird uns so gleich lehren, daß von unserer Gesamtsumme im Werte von rund 10 Milliarden Mark (10096,5 Millionen Mark im Jahre 1913) nur 1253 Millionen auf die Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn, Bulgarien (mit Serbien) und der Türkei, die übrigen 8847 Millionen Mark aber auf die anderen Länder entfallen. Glaubt man im Genie, daß diese Zahlen sich nach dem Kriege in absehbarer Zeit so wesentlich ändern werden, daß unser Handel mit „Mittel-Europa“ auch nur im entferntesten die Bedeutung unseres Ueberseehandels erlangen wird? Davon kann gar keine Rede sein. Der Wert unserer Ausfuhr nach Bulgarien betrug im Jahre 1913 nur 30,3 Millionen Mark, nach der Türkei 8,4 Millionen Mark, während uns, um nur diese beiden Beispiele anzuführen, Argentinien Waren im Werte von 265,9 Millionen Mark und Brasilien solche im Werte von 199,8 Millionen Mark abkaufte. Nimmt man an, daß es infolge der wirtschaftlichen Annäherung gelingen könnte, unseren Handel mit „Mittel-Europa“ erheblich zu steigern, so würde dieser Handel selbst dann, wie von sachverständiger Seite berechnet worden ist, kaum ein Fünftel unseres Gesamthandels umfassen, dessen Wert im Jahre 1913 nur 21 Milliarden Mark betrug.

Aber auch die uns jetzt feindlichen Länder haben bis zum Ausbruch des Krieges mit uns einen für die deutsche Volkswirtschaft von Jahr zu Jahr wertvolleren und erfolgreicheren Handelsverkehr getrieben, wie jedermann weiß, der volkswirtschaftlichen Fragen nicht vollständig fern steht: England war stets unser bester Abnehmer auf dem Weltmarkt und es hies doch den Wert unserer Ausfuhrhandels durchaus erkennen, wollte man die Bedeutung dieser Tatsache herabsetzen. „Und somit bleibt es“ — so sagt der Präsident des Hanfhandels, Geheimrat Rießer, in einem sehr beachtenswerten Artikel (vgl. Nr. 33 der „Mittel-Europa“ und Nachrichten der Kriegszentrale des Hanfhandels, 1916) — „nach wie vor dabei und muß es dabei bleiben, daß wir bei aller dringend gebotener Erweiterung unserer landwirtschaftlichen Anbauflächen und Erhöhung der Intensität der Bewirtschaftung nach wie vor unsere überseeischen Beziehungen, unseren überseeischen Handel und unsere Verbindung mit den Weltmärkten mit aller Kraft pflegen und fördern müssen. Unsere bisherigen überseeischen Verbindungen haben wir nicht nur auszubauen und zu stärken, wir haben sie vielmehr, und zwar auch in China, in Indien, in Mittel- und Südamerika, zu verteidigen, zu stärken und mit aller Macht zu fördern.“ — Darüber herrscht in der Tat in allen Schichten unseres Exporthandels eine ersteinstimmige Uebereinstimmung.

Nun gibt es allerdings zahlreiche Bestimmen, die der Meinung sind, der Handel mit unseren Feinden werde nach

der Wiederherstellung des Friedens kaum wieder zu den früheren Mäßen gelangen. Zum Glück sind aber auch hier meist nur die Theoretiker, die einen solchen Pessimismus zur Schau tragen, während die Praktiker sich von einem Optimismus tragen lassen, der mit allen Erfahrungen der Vergangenheit in vollem Einklang steht. Siderlich wird die Wiederherstellung unserer Handelsbeziehungen zu unseren Feinden, die auch der preussische Handelsminister mit vollem Recht als notwendig erklärt, je länger der Krieg dauert, desto schwieriger werden. Allein da alle Staaten ohne Unterschied in ihrem eigenen Interesse auf den Weltmarkt angewiesen sind, so müssen und werden diese Schwierigkeiten überwunden werden, und so wird auch die Wiederherstellung des deutschen Welthandels nach dem Kriege zweifellos gelingen: in dieser selbstlosen Zuversicht lassen sich unsere Kaufleute und Fabrikanten auch nicht durch die Drohungen erschüttern. Die jetzt aus dem feindlichen Ausland, offenbar unter dem Einfluß der Kriegspolizei, selbst aus dem Munde verantwortlicher Staatsmänner zu uns herüberfallen. In der gleichen Zuversicht hat das preussische Abgeordnetenhause in seiner letzten Tagung die königliche Staatsregierung aufgefordert, auch während des Krieges die nötigen Vorbereitungen zu treffen, „um die volle Wiederherstellung des deutschen Handels sofort nach dem Kriege dazu tun kann und tun muß, ist klar und bedarf keiner weiteren Worte. Bekanntlich sind schon seit längerer Zeit, wie bei unseren Gegnern, so auch bei uns Bestrebungen im Gange, die einen Ausgleich der Forderungen herbeizuführen bestimmt sind; an den Reichstagen sind schon verschiedene Eingaben gerichtet worden, die das Verlangen stellen, zunächst eine „Registrierung (Bestandaufnahme) der deutschen Forderungen an feindliche Ausländer zu veranlassen. Dieses Verlangen erscheint mir so berechtigt wie nur möglich, und die Regierung sollte nicht länger zögern, es zu erfüllen.“

In keinem Falle aber zweifle ich, daß das Ziel der nötigen Feststellung unseres Welthandels nach dem Kriege, trotz aller entgegenstehenden und immer noch wachsenden Schwierigkeiten, die gewiß nicht unterdrückt werden dürfen, dennoch erreicht werden wird; dafür bürgt uns schon die Intelligenz und Tapferkeit und nicht zuletzt das Selbstvertrauen der weitaus Kreise von Handel und Industrie, die sich den Weltmarkt in langem, zähen Kampfe erobert haben und nicht nur das, was unter den Wirkungen des Krieges verloren gegangen ist, wiedergewinnen, sondern auch noch neue Gebiete hinzu erobern werden — so sicher unseren Waffen der endgiltige Sieg in absehbarer Zeit beschieden sein wird.

Der Seekrieg.

Amerikas letztes Wort?

o. B. Aus dem Haag, 14. April. Reuters meldet aus Washington: Als die amerikanische Regierungsbeamten einen Auszug aus der deutschen Note zur Einsicht erließen, erklärten sie, daß umfangreiches Seeweismaterial für Torpedierungen seit der „Lulianita“-Angelegenheit für eine neue Note an Deutschland gesammelt worden sei. Diese Note soll das letzte Wort sein, das die Vereinigten Staaten gegen die ungelieblichen Angriffe Deutschlands sprechen werden.
?? Da Reuters es so meldet! Red.

Amerikas Enttäuschung über Greys Note.

Washington, 13. April. (Zuspruch des Vertreters des W. L. B.) Vanjng teilte mit, daß England's Note über die Fortführung der 38 Oesterreicher, Deutschen und Türken von Bord des amerikanischen Dampfers „China“ die Angelegenheit nicht zur Zufriedenheit der Vereinigten Staaten erledigt habe.

England „kontrolliert“ das ganze Mittelmeer.

o. B. Aus dem Haag, 14. April. Die „Central News“ melden aus London: In parlamentarischen Kreisen verlaute über die von der englischen Regierung bekanntgegebenen Verbindungen von Flottenstationen auf Akra und anderen Inseln, daß die Errichtung von zwölf großen Flottenstützpunkten geplant sei. Ferner sollen auf etwa zehn kleineren Inseln Truppenabteilungen zu Kontrollzwecken gelandet werden. Der Zweck der Maßnahmen, denen entschieden jede politische Bedeutung abgesprochen wird, ist in erster Linie das Weiterfesthalten beim Mittel- und Unteritalien die Stützpunkte, mit deren Errichtung gerechnet wird, um schließlich zu machen. Für die Errichtung der größten Flottenstationen sollen ungefähr 5000 Mann verwendet werden, während auf den Inseln, wo nur Ueberwachungsstationen eingerichtet werden, kleinere Truppenabteilungen zur Verwendung kommen. Das Kriegsministerium neigt dazu, die Kontrolle in allen Teilen des Mittelmeeres später noch erheblich zu vergrößern. Unter anderem soll auch der Kreuzdienst bei den Velearen vergrößert werden.

Versenk.

Rotterdam, 13. April. Der „Rotterdamse Courant“ berichtet, nach einer Plombierung wird der Dampfer „Alicri“, der am 20. März von Daire abgegangen ist, versenkt.

London, 13. April. „Londons“ meldet, daß der englische Segler „Superlion“ durch ein Unterseeboot versenkt worden ist. 12 Mann der Besatzung wurden gerettet.

England.

Die englische Enquete-Kommission zurückgetreten.

Haag, 13. April. Meldungen englischer Blätter zufolge hat der Ministerpräsident den Rücktritt der Enquete-Kommission angenommen. In der Kommission befanden sich Lord Montagu und Lord Derby. Dieser ist nunmehr an Stelle der Zurückgetretenen ernannt worden. (Zagl. Kofsch.)

Derby-Freiwillige bei Asquith.

c. B. Rotterdam, 13. April. Aus London wird berichtet: Eine Abordnung von 32 Mitgliedern der nationalen Union der arbeitenden Männer, die sich Lord Derby freiwillig zum Militärdienst zur Verfügung gestellt hatten, suchten gestern Asquith im Parlamentsgebäude auf. Neben Asquith saßen Lord Derby und Walter Long, und alle Mitglieder hörten, wie die „Times“ mitteilen, mit ihm verhandelten. Er erklärte, daß die Normieße über den Bruch von Verpflichtungen, über Freiziehung und schädliche Praktiken usw. an, die die Redner der Abordnung äußerten. Asquith antwortete, wobei er verschiedentlich unterbrochen wurde, und erklärte, das einzige Verprechen, für das Lord Derby und er selbst verantwortlich wären, sei dem Geiste und dem Buchstaben nach erfüllt worden. Er gab zu, daß Fälle vorkommen könnten, in denen infolge von nicht autorisierten Erklärungen Mißverständnisse entstehen. Er wolle erwidern, ob es möglich sei, diejenigen, die beweisen können, daß sie auf Grund einer irreführenden Erklärung zum Militärdienst sich gemeldet hätten, zu befreien.

Die Devillen der Entente flinken!

Bern, 13. April. Wie schon gefahren, heften die Finanzberichte der Schweizerischen Blätter auch heute ein weiteres Seitenstück an die Devillen der Entente an. Das „Journal de Geneve“ schreibt im Wochenbericht: Für die Devillen der Entente ist es heute ein schlechter Tag. Der Wechsel auf Paris fiel auf 85,66. Der Wechsel auf London auf 24,62. Im Gegensatz dazu blieben die Wechsel auf Berlin und Wien unverändert.

Nochmal das Gallipoli-Uentener.

Die amtliche London Gazette“ enthält den Bericht des Generals Sir C. Monro über die militärische Angelegenheit bei seinem Eintreffen im Oktober auf der Halbinsel Gallipoli. Die Truppen hielten“, so sagt General Monro, „eine Linie befestigt, die alle möglichen militärischen Mängel zeigte. Die Expedition besaß keine Basis, die eine schnelle Zufuhr von Vorräten und Mannschaften ermöglichte. Bei einem Schneesturm im November kamen 2000 Mann infolge der Kälte um und nachher wurden 10 000 Mann krank fortgeschickt. Am Abend des 8. Januar wurde eines der Kriegstransportgeschiffe, der „Prince Stuart“, mit 2000 Mann an Bord von einem feindlichen Torpedo getroffen. Der Torpedo explodierte aber nicht.“ (L.-M.)

Zur englischen Niederlage am Tigris.

WT.B. Konstantinopel, 13. April. Das Hauptquartier meldet: An der Tigris-Front keine Veränderung. Der Feind beschäftigt sich damit, seine Besetzungsarbeiten auszuweiten. Die 3000 Toten aus dem 7. April an dieser Front getöteten Schlacht gehörten, wie eine Prüfung der Uniformen ergab, der 13. Division Artillerie, hauptsächlich zwei Bataillone der Division an. In dieser Schlacht, die in unserem letzten Bericht gemeldet wurde und die erfolgreich für uns endete, hatten wir 79 Tote, 168 Verwundete und neun Vermisste.

Wie die Balten ihre deutsche Bildung erhielten.

Von einem Deutsch-Balten wird uns geschrieben: „Vieher leben wir in einem Keller und nähren uns von Hering und Kartoffeln, als daß wir unsere Kinder in eine russische Schule schicken.“ — Dieses mutige Wort ist seit der Aufzucht der Kenntnisse der Balten geworden und zugleich auch ein Merkmal für die Entbehrungen, mit denen die deutsche Bildung in den russischen Gouvernements erkauf werden mußte. — Nun — bis zu dem Hering und den Kartoffeln als einzige Nahrung ist es nicht gekommen, aber gar manche Opfer haben die dortigen Deutschen doch bringen müssen, um die großen Kosten für die Erziehung in Privatschulen aufbringen zu können. Wenn jemand tief Einfühlung der russischen Schule seinen Kindern eine deutsche Bildung geben wollte, so konnte das nur durch Privatunterricht geschehen. Hatte nun ein Kind das schulpflichtige Alter erreicht (im Ausland gibt es keinen Schulzwang), so luden die Eltern nach gleichartigen Kindern in ihrem Bekanntenkreis, damit sie gemeinsam den Unterricht genießen konnten. So schloßen sich mehrere Elternpaare zusammen, wählten von sich aus Lehrer, und der Unterricht begann in einem der Elternhäuser. Aus diese Art bildeten sich überall sogenannte „Kreise“, die bis zu Beginn des Krieges in den Gouvernements die beste Art der Erziehung boten. Nicht selten wurden die heranwachsenden Kinder auch aus dem Hause gegeben, teils aus Land zu Ballaren, die sie zusammen mit ihren eigenen Kindern von Sanschulern unterrichten ließen, teils auch wieder gaben die Gutsbesitzer ihre Kinder in die Stadt in Pension, um sie einem „Kreise“ anzuschließen. Diese umfassen gewöhnlich 3 bis 14 Kinder. Je größer sie waren, desto billiger gestaltete sich der Unterricht. Immerhin hatte die Größe der Kreise auch wieder manchen Nachteil. Durchschnittlich kostete der Unterricht 200 Mark im Jahr. Er griff auch die Rücksicht der Provinz selbst ein und ermöglichte es auch den weniger Bemittelten, ihren Kindern eine deutsche Bildung zuteil werden zu lassen. Deutsch war der Unterricht in diesen Kreisen nicht nur der Sprache, sondern deutsch vor allem auch dem Geiste nach. Nur darin wurde der Rufst und dem Staate, zu dem man

An der Kaukasusfront ist die Lage infolge des schlechten Wetters unverändert. Die Operationen im Tchorot-Tal haben den Charakter unbedeutender zeitlicher Kämpfe angenommen. Ein Kreuzer und ein Monitor eröffneten auf weiten Abstand ein zeitweiliges, unentschiedenes Feuer gegen drei Turan. Infolge der Antwort anderer Artillerie mißglückte ihr Versuch, ihr Feuer näher heranzutragen. In den Gewässern von Smyrna richteten ein Torpedobootszerstörer und ein Kreuzer ihr Feuer auf den südlichen Teil der Insel Kelesin (?), zogen sich aber, als unsere Artillerie antwortete, zurück.

Vom Balkan.

Rumänien in Ungnade beim Biververband
 c. B. Die „Independence Roumaine“ meldet das Scheitern der Verhandlungen mit England wegen Wegzuges von Kupfererz und Leder. Damit seien im Grundzuge auch andere Warenbezüge aus dem Biververbandsstaaten hinfällig. Nach indirekten Petersburger Meldungen der Blätter hat der Ministerat in Petersburg dem Erlass besonderer Ausfuhrverbote nach Rumänien und Griechenland zugestimmt. Die Verhandlungen über die Verfestigung eines allgemeinen Einfuhrverbotes für Waren aus Rumänien wurden zurückgestellt.

Bedeutamer Zwischenfall in der rumänischen Kammer.

Budapest, 13. April. Die Internationale Telegraphen-Agentur weiß aus Bukarest über folgenden Zwischenfall in der rumänischen Kammer zu berichten: Tafe Jonescu fragte in der Kammer den Minister des Innern, weshalb die Regierung keine Maßregeln gegen den Viehdiebstahl ergreife. Der Minister erwiderte in ruhigem Tone: Die Regierung hat Sorge getragen und wird auch weiter Sorge dafür tragen, daß der Viehdiebstahl verhindert werde. Die energischen Maßnahmen für diesen Zweck werden jedoch dadurch behindert, daß viele angesehenen Journalisten aller Parteien durch diese Sache kompromittiert werden. Bei diesen Worten rief die ganze Kammer: Wir bitten um die Namen! — „Minerva“ schreibt hierzu: Es ist der erste Fall in der Kammer gewesen, daß ein Minister erklärt hat, in jeder Partei lägen Betrüger.

WT.B. Bukarest, 13. April. Die Kammer hat den Etat angenommen. — Der Kammer wurde ein Gesetzentwurf betreffend Einberufung des Jahrganges 1917 zum Wehrdienst und ein Gesetzentwurf über die verschärften Strafbestimmungen gegen den Schmuggel unterbreitet.

Deutsch-bulgarischer Angriff auf Saloniki?

WT.B. Athen, 14. April. Das Pressebureau demotiert die Nachrichten über die Bewegung der Ionischen und Ägäischen Inseln.

Aus Saloniki wird gemeldet, daß in Kifiss die Einwohner von sieben wegen der beginnenden Feindseligkeiten geräumten Dörfern ankommen. Die Militärtruppe der Entente in Saloniki treffen scheinbar Verhältnisse, da sie einen deutsch-bulgarischen Angriff als bevorstehend betrachten.

Vermischte Kriegsnachrichten

Französische Postsperrung und deutsche Vergeltungsmaßregeln.

Darüber schreibt die „Nord. Allg. Ztg.“: Im Sommer 1915 entschloß sich die französische Regierung unter dem Druck deutscher Gegenmaßregeln, die in den westafrikanischen Kolonien gefangen genommenen, in Dahomeu internierten Deutschen teils nach Nordafrika, teils nach Frankreich überzuführen. Gleichzeitig ließ sie jedoch diesen Kriegs- und Zivilgefangenen jede Postverbindung zu. Sie durften nur in

einem einzigen Briefe ihre Ankunft in dem neuen Lager melden. Nach langen vergeblichen Verhandlungen ordnete die deutsche Heeresverwaltung an, daß als Gegenmaßregel die Post für die Kriegs- und Zivilgefangenen Franzosen in drei deutschen Lagern gesperrt werde. Diese für den 5. Febr. beschlossene Maßregel hatte den Erfolg, daß die französische Regierung durch eine Note der spanischen Botschaft vom 6. Februar erklärte, sie habe die über die deutschen Gefangenen aus Togo und Kamerun verhängte Entziehung des Rechts, Korrespondenz und Pakete wie die anderen Kriegsgefangenen zu empfangen, aufgehoben. Infolgedessen sollte die Heeresverwaltung am gleichen Tage die schon in Kraft getretene Postsperrung in den drei deutschen Lagern auf. Diese amtliche Erklärung der französischen Regierung widersprach den Tatsachen, denn die französische Regierung gestattete den Dahomeu-Deutschen nur, einen einzigen Brief zu schreiben, worauf die Postsperrung unverändert wieder in Kraft trat. Das Verhalten der französischen Regierung zwang die deutsche Heeresverwaltung, die aufgehobene Maßregel wieder in Kraft zu setzen.

Nach einer solchen eingetragenen Note vom 27. März sollten zwar namentlich die Befehle zur Aufhebung der Postsperrung gegen die Dahomeu-Deutschen von der französischen Regierung an die unterstellten Behörden erlassen sein, die deutsche Heeresverwaltung hielt sich aber nach den gemachten Erfahrungen veranlaßt, ihre Gegenmaßregel erst aufzuheben, wenn die sämtlichen Dahomeu-Deutschen aus allen Lagern selbst berichtet haben, daß ihnen die vollen postalischen Rechte wieder eingeräumt worden sind.

Oesterreichs vierte Kriegsanleihe.

Wien, 13. April. Nach dem Prospekto für die vierte österreichische Kriegsanleihe beträgt der Zeichnungsfuß für die Feuerzettel mit 5½ Prozent verzinsliche, in 40 Jahren rückzahlbare Staatsanleihe 93 Prozent und für die feuerfreien mit 5½ Prozent verzinslichen und am 1. Juni 1923 rückzahlbaren Staatsanleihe 65½ Prozent. Die Oesterreichisch-ungarische Bank und die Krongeldanstalt gewahren den Zeichnern die sämtlichen bereits bei den früheren Kriegsanleihen eingeräumten Bezugsbegünstigungen. Umfänge in den beiden Anleihen unterliegen der Effektenumlagsteuer nicht. Die Zeichnung beginnt am 17. April und wird am 15. Mai mittags geschlossen.



Starker Husten
 wie quälend und wie unangenehm — auch für andere! Es leidet aber kann man vorkreuzen oder sich Linderung verschaffen, denn

Walden TABLETTEN

lösen und erfrischen, erlösen den Speicheldrusen und befeuchten so das Gaumenhäutchen, den Rachenraum. Sie beruhigen die Schleimhäute des Rachenraums und sorgen so auch bei Entzündungen für frische, klare Stimme. Schachtel mit 400 Tabletten in allen Apotheken und Drogerien Mk. 1.— Warnung vor Nachahmungen! — Verlangen Sie stets „Walden“.

namentlich für die Selbstzucht, in denen das Verlahren häufig angewendet werden muß. In der „München medizinischen Wochenchrift“ teilt nun Professor Sauerbruch eine wesentliche vereinfachte Art der Bluttransfusion mit, die sich bereits ausgebreitet hat. Danach wird der Blutbedürftige Empfänger mit dem Rücken auf dem Operationstisch gelegt und ein rechtsseitig abgehogener Arm wird derartig auf einem kleinen Tisch befestigt, daß der Handrücken unten liegt. Der Blutspender sitzt auf einem hohen Stuhle, daß er sein Handgelenk bequem auf dem Arm des Empfängers legen kann. Nach vorheriger Desinfektion wird die Pulsader des Spenders auf 5-6 Zentimeter freigelegt und möglichst weit unten am Handgelenk durchschnitten. Das untere Ende wird zugedebnet, das obere bleibt offen. Nun wird beim Empfänger die vorher ebenfalls freigelegte Wunde in der Ellenbeuge geöffnet und 1-2 Zentimeter vor trüber Ende der Schlagader des Spenders einfach hineingeführt. 10 bis 20 Minuten genügt zur Übertragung von 120 bis 200 Kubikzentimeter Blut. Hält man die übertragene Blutmenge für ausreichend, so wird die Pulsader herausgezogen und ihr oberes Ende unterbunden. Auch beim Empfänger wird die Gefäßwunde durch Unterbindung geschlossen, worauf dann bei beiden die einfache Hautnaht erfolgt.

Läßt sich die Kurzsichtigkeit zum Stillstand bringen?

In der Züricher Augenklinik wurden an über 4500 Kranken, die an den verschiedensten Formen von Kurzsichtigkeit operiert worden waren, genaue Untersuchungen darüber angestellt, ob sich diese Krankheit und ihre gegenwärtigen Veränderungen durch geeignete Mittel zum Stillstand bringen lassen. Die Beobachtungsdauer erstreckte sich bei einem Teile der Behandelten auf durchschnittlich 16 Jahre, so daß also ein vorzügliches und einwandfreies Material zugrunde liegt. Leider sind die Ergebnisse nicht erfreulich. Es zeigte sich nämlich, daß das Fortschreiten der Kurzsichtigkeit und ihrer schweren Folgezustände nicht aufgehalten werden kann. Sie ist, nach den Untersuchungen im „Archiv für Augenheilkunde“ ein ererbtes Lebel, das nicht durch Beschränkung der Naharbeit, Augenübungen, Operation, Berufswahl, Gläserkorrektur usw., sondern nur durch jahrelangende Zugabe von bestimmten Stoffen zum Auge fernheraus, daß zwischen Hornhautverwölbung und Kurzsichtigkeit ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Wahrscheinlich ist die Kurzsichtigkeit einer von der Arbeitsleistung unabhängige Entartungserscheinung.

Wie Blut übertragen wird.

Die schon lange bekannte, von den Professoren Carell in New-York und Eich in Göttingen vereinfachte Blutübertragung von einem Weibchen auf den andern, war besonders wegen der Blutgruppenbildung nicht ungefährlich, auch erforderte die dabei nötige Gefäßnaht die ausgebildete Technik des Chirurgen. Eine Vereinfachung war somit sehr erwünscht.

Die Umsatzsteuer statt der Quittungssteuer.

Der Steuerantrag des Reichstages letzte Donnerstag normiert die erste Beratung des Umsatzsteuerentwurfes (Gentz.) fort. Ein Antrag Dr. Jund (nlt.) enthält wesentliche Änderungen des Antrages Müller-Julda. Ein Vertreter des Reichshausrates erklärte, daß die von Dr. Jund beantragte Steuerfreiheit von Quittungen bei einem gemittelten Jahresumsatz bis 3000 Mk. für die Durchführung des Gesetzes außerordentliche Schwierigkeiten bedeute; es sei auch nicht einsehlich, warum der Antrag Jund nicht über Zahlungen für geliefertes ungemessenes Gold und Silber, also für die Waren, die der Juwelier braucht, freigelegt wird. Auch müsse der Begriff der Zahlung im Gesetz genau bestimmt sein. Die Fortschrittliche Volkspartei erklärte, dem Antrag Müller-Julda trotz der teilweise Verbesserung durch den Antrag Jund auch nicht vorläufig Zustimmung zu können. Ein Sozialdemokrat hebt hervor, daß es kaum möglich sei, im Umfange der Ware von der ihr enthaltenen Arbeitsleistung zu trennen. Auch dürfe man nicht bloß von Gewerbetreibenden sprechen, sondern nur von „Betriebern“, damit die Landwirte zweifellos einbezogen werden. Die allgemeine Einführung der Quittungssteuer, wie sie die Vorlage verlangt, werde schwierig sein, aber Änderungen der Bestimmungen des Bundesrats wären unbedingt notwendig. Die Konservativen erklärten ihre vorläufige Zustimmung. Dagegen befaßte die Soz. Arbeitsgen. die Anträge Jund. Die Volkspartei fand bei näherer Überlegung immer mehr Bedenken gegen diese besonders ungerecht wirkende Verkehrssteuer.

Es bestreite überdies die Gefahr, daß diese Steuer durch Anzeichen der Schraube in die Höhe gehen würde. Die Abhängigkeit des Umsatzes, erklärten die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, würde eine ungeheure Arbeit verursachen. Wenn keine Grundlagen vorliegen, so würde die Abhängigkeit eine rein willkürliche werden. Die Pflicht zu Aufzeichnungen enthalte eine noch größere Belastung als der Quittungsstempel. Da sei die Deklarationspflicht noch vorzuziehen. Der bürgerliche Jahrgangsvertrieb werde bei einer Umsatzsteuer noch erschwerter werden. Bei der Witterung wurde Artikel 1 der Regierungsvorlage angenommen. Der Antrag Müller-Julda zur Einführung einer Umsatzsteuer wird mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Befreiung der Umsatzsteuer wurde ebenfalls mit 16 gegen 12 Stimmen beschlossen, sie soll mit Ablauf des zweiten Etatsjahres nach Friedensschluß fortfallen, wenn der Reichstag es verlangt.

In besonderer Abstimmung werden die übrigen Artikel der Regierungsvorlage (Quittungssteuer) einstimmig abgelehnt.

Nächste Sitzung 2. Mai (Tabaksteuer).

Kriegssteuer statt Kriegsgewinnsteuer.

Im Reichshaushaushaltsauschuß des Reichstages folgte Donnerstag in der weiteren Verhandlung die Beratung über einen nationalliberalen Antrag, der einheitliche Veranlagung im ganzen Reiche fordern, das heißt in Preußen die Landräte auszuheben will. Der Reichshaussekretär erklärte, es sei unmöglich, bei diesem Gesetz in die steuerrechtlichen Einrichtungen der Einzelstaaten einzugreifen. Ein Sozialdemokrat schließt sich dem nationalliberalen Antrage an. Der preußische Generalsteuerdirektor erwidert, daß solche Bestimmung zu treffen schon deshalb unmöglich sei, weil die neuen Stellen der Reichskommissare vom preußischen Abgeordnetenhaus bewilligt werden müßten. Während des Krieges neue Beamtenstellen zu schaffen, hindere der Personalmangel, zunächst auch noch nach dem Kriege. Es sei unüberwindlich, für eine Steuer, die alle drei Jahre veranlagt wird, Spezialbeamte zu ernennen. Ein Konservativer bemerkt, daß der nationalliberale Antrag nicht nur das Ziel, für die Steuer Reichskommissare zu schaffen, habe, sondern auch die Veranlagung durch Beamte, die eine Befreiung von der Berufung haben, auszusprechen. Ein Nationalliberaler erklärt hierzu:

die Landräte würden froh sein, wenn sie von der Steueranfrage befreit würden. Ein Sozialdemokrat erklärt, es kämen für ihn bei der Stellungnahme zu dem Antrage nicht bloß die Verhältnisse in Preußen, sondern auch in den anderen Bundesstaaten, z. B. in Mecklenburg, in Betracht. In Preußen seien schon in einer ganzen Reihe von Kreisen Spezialveranlagungsbeamte angestellt. Es liege also gar kein Hindernis vor, den Antrag anzunehmen. Aus dem Munde mehrerer preußischer Finanzminister habe man gehört, wie ungeeignet die Landräte zu Veranlagung der Steuer seien. Die Anstellung neuer Beamten liege gar nicht nötig, als Hilfsbeamte der Landräte seien sie schon da.

Nachdem der Staatssekretär sich nochmals gegen den Antrag gewandt und erklärt hatte, die Entlastung der Landräte sei nicht Sache der Budgetkommission des Reichstages, und nachdem auch das Zentrum sich aus formalrechtlichen Gründen gegen den Antrag erklärt hatte, wurde § 43 mit diesem Antrag Schiffer (nlt.) angenommen.

Die Beratung wandte sich nunmehr dem § 24 zu, der die Höhe der Abgabe für inländische Gesellschaften festsetzt. Ein nationalliberaler Antrag will dem Paragraphen hinzufügen, daß Gesellschaften m. b. H. von einem Mehreinkommen bis 20 000 Mk. 10 Proz., von 20 000 bis 40 000 Mk. 12 Proz., von 40 000 bis 60 000 Mk. 15 Proz., von 60 000 bis 100 000 bis 200 000 Mk. 28 Proz., dann weiter bis zu einer Viertelmillion 30 Proz., bis zu einer halben Million 40 Proz. und darüber 45 Proz. Der Paragraph wurde samt diesem Antrag angenommen.

Die Erbschaftsteuer.

Es folgte nunmehr der Antrag David und Genossen (Soz.), dem Gesetz einen Artikel 2 einzufügen, der die Reichssteuer auf das Kindes- und Gattenerbe mit Ausnahme der Verlassenschaft im Felde Gesellener wesentlich erhöhen soll. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter begründete den Antrag damit, daß auf die Erbschaftsteuer nicht bezichtigt werden könne. Die ausgesprochene Abtötung der Regierung, während des Krieges diese Frage nicht zur Debatte zu stellen, bedeute eine einseitige Rücksichtnahme auf eine Partei, man habe die Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie. Die Einführung der Erbschaftsteuer gesche im Kriege erstens gerechtfertigt; sie sei eine Dauersteuer im

Gegensatz zu den vorgelegenen Verbrauchs- und Verbrauchssteuern; sie würde die Lasten gerechter verteilen. Der Reichshaussekretär erklärte, es zurückweisen zu müssen, daß die Regierung auf die Erbschaftsteuer zugunsten einer Partei verzichte und daß sie auf eine andere große Partei zu wenig Rücksicht genommen habe. Lediglich das Bedürfnis, während des Krieges die Erörterung alter Streitfragen zu vermeiden, habe die Regierung bestimmt. Die Aushebung der Erbschaftsteuer während des Krieges vorzunehmen, sei absolut unmöglich.

Ein völksparteilicher Abgeordneter führte aus, seine Partei sei immer für die Erbschaftsteuer eingetreten. Nach dem Kriege werde man der Notwendigkeit, die Steuererträge zu erhöhen, gedenken müssen. Die Volkspartei behalte sich ihre Stellungnahme für später vor, lehne aber jetzt die Erörterung ab. Die Sätze des Antrages David seien übrigens so hoch, daß sie von der Volkspartei auch später nicht angenommen werden könnten. Die Nationalliberalen gaben eine fast gleichlautende Erklärung ab, und die Zentrumsgruppe führt aus, es liege heute kein Anlaß vor, eine Veränderung der Erbschaftsteuer vorzunehmen. Der Vertreter der Soz. Arbeitsgen. meint, daß die Gründe der liberalen Parteien und des Zentrums zur Ablehnung des Antrages nicht ausreichen. Er aber stimme dem Antrag nicht zu, weil er der Regierung nicht mehr Mittel zur Verfügung zu stellen geneigt sei, als sie selbst fordert. Die endgültige Stellungnahme seiner Fraktion behalte er sich vor. Ein Sozialdemokrat bezieht diesen Anknüpfungspunkt der Soz. Arbeitsgen. als nicht durchschlagend. Der Antrag bringe einen Erfolg für die doch auch von der Soz. Arbeitsgen. beäugneten Verbrauchs- und Verbrauchssteuern, er wolle nur die lastenden Kriegserben treffen. Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt.

Die Kriegsgewinnsteuer im Ausfuge.

§§ 11 und folgende der Regierungsvorlage behandeln die Befreiung des Wehrentkommens, d. h. des Unterschiedes zwischen dem Friedens- und dem Kriegseinkommen. Ein zu § 13 vorgelagerter fortschrittlicher Antrag, als Friedenseinkommen auf Antrag den Durchschnitt der drei letzten Jahresentnahmen vor dem Kriege anzusetzen, soweit der Friedensveranlagung nicht bereits ein mehrjähriger Durchschnitt zugrunde gelegt ist, wurde abgelehnt. Dem Antragsteller, der als Zweck die möglichste Vereinheitlichung der Steuerveranlagung für das ganze Reich bezeichnete, entgegenete der Generalsteuerdirektor, daß mit der vorgeschlagenen Bestimmung eine Verbesserung des Gesetzes nicht erreicht werde.

Zu § 14, der als Mindestgrenze des als Wehrentkommens zu berücksichtigenden Einkommens 10 000 Mk. festsetzt, beantragten die Sozialdemokraten 5000 Mk. als Mindestgrenze, gegen aber ihren Antrag zugunsten eines Zentrumsantrages zurück, der 3000 Mark als Mindestgrenze bestimmen will. Gegen diesen Antrag äußerte ein fortschrittlicher Bedenken, einen Sozialdemokraten erschien es zweifelhaft, ob man so weit heruntergehen solle, und ein Nationalliberaler wollte die Bevölkerungstrenne mit bis 4000 Mk. gesenkt wissen, da ihre Leistungsfähigkeit in der jetzigen Zeit ungenügend schon herabgemindert sei. Der Staatssekretär erwiderte, der Antrag bedeute eine Demokratisierung der Vorlage. Wenn aber der Reichstag weitere Kreise mit Einkommen unter 10 000 Mk. treffen wolle, so sei es nicht Sache der Finanzverwaltung, dem zu widersprechen.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Fortschrittler angenommen.

Das Kriegseinkommen der Offiziere.

u. s. w., das die Vorlage nur in Höhe der Friedensbezüge berücksichtigen will, in vollem Umfange zu treffen. — Die dem Antrage widersprechenden Beschlüsse des Staatssekretärs Dr. Helfferich und General Langemann von Erlenkamp, ersterer mit der Begründung, daß die höheren Bezüge während des Krieges gewährt würden, weil die in Frage kommenden Offiziere usw. im Kriege ganz anderes zu leisten hätten, als in Friedenszeiten, letzterer mit dem Hinweis auf § 46 Abs. 2 des Reichsmilitärstrafgesetzes, der den aktiven Offizieren, Beamten usw. während des Krieges Steuerfreiheit für ihre Bezüge bewilligt.

Ein Zentrumsmember verwies auf die Einkommen vieler Offiziere, die im Frieden überhaupt keine Bezüge gehabt hätten; daher müßte man es nicht verstehen, wenn dieses Wehrentkommens von der Steuer befreit bleibe. — Auch ein sozialdemokratischer Abgeordneter forderte, daß ein Weg gefunden werde, um diesen Paragraphen auszufallen; den Offizieren dürfe ein Steuerprivileg nicht eingeräumt werden, dadurch erzeuge man auch ihnen selbst keinen Gewinn. — Dem plünderte ein anderer Zentrumsmember bei mit der Einschränkung, daß bei verwundeten und invaliden Offizieren eine Ausnahme gemacht werden müsse. — Ein konservativer Redner sprach sich gegen Heranziehung des Kriegseinkommens, aber für Heranziehung des Vermögenszuwachses der Offiziere usw. aus; es müßte berücksichtigt werden, daß die Offiziere während des Krieges erhöhte Aufwendungen hätten. — Ein nationalliberaler Abgeordneter beglückwünschte die Bestimmung, daß Einkommen der Offiziere mit anderen höheren Einkommen gleichzustellen; das führe zu materiellen Ungerechtigkeiten. — Nachdem dem Zentrumsmember und fortschrittlicher Seite festgestellt worden war, daß der angezogene § 46 des Reichsmilitärstrafgesetzes nur auf die Landessteuer ergehe, nicht aber auf die Reichssteuer Bezug nehme, hier also gar nicht in Frage käme, wurde der fortschrittliche Antrag auf Heranziehung des Einkommens der Offiziere usw. in vollem Umfange gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Konservativen angenommen.

Inländische Gesellschaften.

Ein Zentrumsmember will die Abgabepflicht bei diesen Gesellschaften festsetzen, soweit der Kriegsgewinn 8 Prozent des Kapitals übersteigt. Berichtig wird weiter, daß ausländische Gesellschaften ebenso herangezogen werden wie inländische. Der Staatssekretär hält den Antrag nicht für zweckmäßig, der Volkspartei ist er im Grunde sympathisch, jedoch wäre die Erneuerung des Wehrentrages zur Heranziehung derjenigen Gesellschaften vorzuziehen, die auch im Frieden große Gewinne erzielen haben. Von nationalliberaler und konservativer Seite wird ausgeführt, daß der Antrag den finanziellen Erfolg der Vorlage wesentlich beeinträchtigen würde. Dem Zentrum wird der

Antrag damit begründet, daß er nicht die Steuereinkünfte, sondern den Gewinn erfasse, also den finanziellen Erfolg ausgedrückt werde. Beim Geringfügigen sei ausdrücklich ausgesprochen worden, daß es keine Bindung für die endgültige Regelung enthalten solle. Ein Sozialdemokrat bezeichnet den Antrag geradezu als einen Scherz nach dem Wehrenttrag. Der Antrag wird schließlich für die erste Lesung zurückgezogen und § 21 angenommen. Weiterberatung Donnerstag vormittag.

Ausland.

Mexiko verlangt Zurückziehung der amerikanischen Truppen.

WTB. Mexiko, 13. April. (Reuter.) Mexiko fordert eine Note an die Vereinigten Staaten, in der verlangt wird, daß die amerikanischen Truppen aus dem mexikanischen Gebiet zurückgezogen werden und die Verfolgung Willas der Armee der mexikanischen Konstitutionalisten überlassen wird.

Welche Stomage für Wilson! WTB. Washington, 13. April. (Reuter.) Die Rote Carranza hat die Frage in Mexiko kompliziert; aber es wird amtlich festgestellt, daß das Hauptquartier der mexikanischen Truppen nichts unterlassen hat, um die Verfolgung Willas energisch fortzusetzen, während die Angelegenheit mit Carranza erörtert wird.

Umfassende Bodenreform in Ungarn.

e. B. Berlin, 14. April. Die „Lugl. Rundsch.“ meldet aus Budapest: In der gestern abend beantragte der Abgeordnete von Stuhlweihing eine umfassende Bodenreform. Danach soll der Staat die kirchlichen Güter und Fideikommissen in Erbschaft nehmen und daraus Bauernhöfe bilden. Diese Bauernhöfe sollen an Landwirte verpachtet werden, die sich auf den Kriegshauptkassen Verdienste erworben haben, und ferner an Rückwanderer. Der Bischof verwies darauf, daß der Boden in erster Linie der Ernährung der Bevölkerung, die mehrjährig sei und im Kriege Verdienste erworben habe, zu dienen habe. Ein Wolf, das nicht auf eigener Scholle stehe und diese bebau, sei keine Nation. Der Antrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und einem Ausschuss zur Beratung überwiesen.

Vermischtes.

Der Berliner Frauenorden.

Die Vernehmung der Ullmann und der Sonnenberg, die gestern fortgesetzt wurde, vollkommene im wesentlichen von uns gelieferte Darstellung der Tat.

Als die eigentliche Urheberin ist die Freileiterin Johanna Ullmann anzusehen. Auch ihr ganzes Verleben spricht dafür, daß sie unter anderem adämal wegen Diebstahls verurteilt ist. Sie verliert jetzt, die Sonnenberg als Hinzutritterin, die zuerst auf den Gedanken kam, die Franzke aus der Welt zu schaffen.

Nachdem die Täterinnen einzeln vernommen waren, wurden sie gestern nachmittag gegenübergestellt. Dabei kam es zwischen beiden zu sehr erregten Auseinandersetzungen, denn jede suchte die andere zu belasten.

Die Vorbereitungen auf der Ermordung der Franzke sind von den Täterinnen auf das sorgfältigste getroffen worden. Zuerst bestand die Absicht, die Franzke in der Wohnung der Ullmann zu erschlagen. Der Mord sollte mit einem Revolver ausgeführt werden, den der Bräutigam der Ullmann bei seinem letzten Urlaub vergessen hatte. Sie unternahmen mit diesem Revolver in dem Zimmer hinter dem Freileiterladen Schießversuche, die jedoch nicht zu ihrer Zufriedenheit ausfielen. Dann verließen sie auf den Gedanken, ihr Opfer mit einer Schur zu erschlagen. Sie kauften in der Nachbarstraße die etwa 10 Meter lange Hanfseim, mit der umwickelt die Leiche in dem Reifseil vorgefunden wurde. Sie schnitten aus der Schur eine Schlinge, die zur Erdbeule der Franzke dienen sollte. Schließlich erinnerte sich aber die Ullmann der in der Herrenabteilung des Freileiterladens befindlichen Raifermesser, und so beschloßen sie, der Franzke die Schlinge überzuwerfen und ihr dann die Kehle durchzuschneiden.

Die Tat wurde dann nicht, wie man bisher annahm, am 16. April, sondern schon am Tage vorher am Spätnachmittag ausgeführt. Die Durchschneidung der Kehle nach dem Stettiner Bahnhof geschah erst am nächsten Tage gegen Abend. Während nun die Franzke am Hofischlag lag, wurde ihr von der Sonnenberg die Schlinge über den Kopf geworfen. Gleichzeitig schloß die Ullmann den tödlichen Schmitt aus. Die Ullmanns sprang mit dem heißen Ruf auf: „Mein Geld bekommt ihr doch nicht!“ Dann verließ sie noch, sich nach der Tür zu schleppen und die Türschloß zu ergreifen. Sie wurde jedoch daran durch einen furchtbaren Schmitt in die rechte Hand verhindert. Hierauf sank die Franzke, vom Blutverlust geschwächt, zu Boden und starb unmittelbar darauf.

Die Ullmann trennte ihr sofort mit dem Messer die Wulst auf und holte den Brustbeutel mit dem Geld hervor. Nach der Besichtigung der beiden Täterinnen soll der Beutel nur 40 Mark enthalten haben.

Der Kriminalpolizei war aufgeschlossen, daß in der Wohnung der Franzke eine große Anzahl von Sachen fehlten. Nun hat sich herausgestellt, daß die beiden Mörderinnen zur Vergrößerung ihrer Beute die Wohnung der Franzke aus geplündert haben. Die Sachen haben sie dann teils verrest, teils bei Trödelern verkauft.

Die Vernehmung der Täterinnen ist im allgemeinen als abgeschlossen zu betrachten. Die vorgestern nacht in der Friedrichstraße unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftete Helene Bahl wurde bis gestern mittag in Sicherheitshaft gehalten, da ihr Zeugnis zur Aufklärung einzelner unflarer Punkte wichtig war. Nach dem vorgestern abend im Volkspräsidium zwischen der Bahl und ihren Eltern eine Aussöhnung stattgefunden hatte, kehrte sie zu ihren Eltern zurück.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Doh; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für den auswärtigen Teil: Siegfried Doh; für Unterhaltungsblatt und Beste Nachrichten: Hans Katerow; für den Anzeigen-Teil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Gabel. Nummer 15 202 2

Walhalla-Theater

Anfang 8.10 Uhr.
Heute Freitag zum letzten Mal:
„Die Prinzessin vom Nil“
Operette in 3 Akten von Viktor Holländer.
Ab Sonnabend nur 6 Tage!
Die Schiffbrüchigen.
Ein Stück in 3 Akten von Brieux.
Auf Anregung der Deutschen Medizinischen Gesellschaft.
Ehrenprotector: Se. Kgl. Hoh. Prinz Ludw. Ferd. v. Bayern.
Jugendliche unter 16 Jahren haben zu diesem Stück keinen Zutritt.
Jeder Mann
Jede Frau
Jeder Jüngling
Jedes junge Mädchen
muss den Aufführungen der „Schiffbrüchigen“ beiwohnen. Die Kenntnis dieses Stückes ist zur Gründung unserer Nation u. Rasse von ungeheurem Wert.

Volkspark, Burgstraße 27.

Morgen, Sonnabend, den 15. April 1916, abends 8 Uhr:
Grosses Künstler-Konzert
ausgeführt von
Mitgliedern des ersten Ersatz-Bataillons Inftr.-Regt. 36.
Die Geschäftsleitung.

Stadtbad.

Am Karfreitag, 1 u. 2. Osterfeiertag ist das Stadtbad geschlossen, dafür von Dienstag, den 16. bis einschliesslich den 22. cr. von früh 7 bis abends 9 Uhr geöffnet.

Kindergärtnerinnen-Seminar

des Frauenbildungsvereins Eisenach, Warfängerstraße 8.
Staatliche Abschlussprüfung.
Ausbildung in 1 1/2, bezw. 2 Jahren als Kindergärtnerin für Erziehung und Elementarunterricht in Familien, ferner für Kindergärten, Hort- u. a. Anstalten sozialer Fürsorge.
Anmeldungen für Ostern durch die Leiterin M. Peters.



Gust. Uhlig, Uhrmacher,

untere Leipzigerstr.
Orden, Uhren u. Goldwaren etc.
Eisener-Kreuz sowie and. Bänder
Militär-Ausrüstungs-Gegenstände,
Elektrische
Militär-Lampen und
Kompass.

suarrrr
aus dem Schlaf kommt jeder, welcher sich meiner wirklich guten Wecker bedient.
Militär-Wecker. Taschenuhren mit Wecker.
Zur Schonung der eigenen guten Uhr empfehle **Dienst-Uhren** m. Leuchtblatt.
Billige Armband-Uhren unt. Garantie.
Moderne Wand- u. Standuhren.
Sonnatags von 1/8 bis 1/10 Uhr geöffnet.

Damen-u. Herren-Uhren
National-Gold- und
Silberwaren.
Gustav Uhlig.

Stadt-Theater

Sonnabend, den 15. April 1916 nachm. 3 1/2 Uhr:
Bei besonders kleinen Preisen
Die Rabensteinlerin.
Schauspiel von E. v. Wildenbruch
Abends 8 Uhr
Letztes Sinfonie-Konzert.
Musik. Leitung: Oskar Braun.
Solistin: Wera Schapiro.
1. S. v. Haussager „Barbarossa“
Sinfonische Dichtung in 3 Sätzen.
2. R. Strauss: „Burleske“ „D-moll für Klavier und Orchester.“
3. Jean Sibelius: Suite „König Christian II.“
4. Paul Pabst: Konzert-Paraphrase für Klavier über Motive aus „Eugene Onegin“.
Sonntag nachm.: Volksvorstellung: „All - Heidelberg.“
Abends: Zum ersten Male unter persönlicher Leitung des Komponisten
Heimkehr des Odysseus.
Pensons. MaryHagen als Gani.

Die jetzt eingeführten gesetzlichen Verordnungen, welche

grosse Arbeits-Einschränkung

in Konfektions- und ähnlichen Betrieben bestimmen, veranlassen die nachstehend bezeichneten Firmen bekanntzugeben, dass Aufträge auf Massgegenstände und Änderung fertiger Waren

nicht so pünktlich wie bisher

ausgeführt werden können.

Wir bitten deshalb davon Kenntnis zu nehmen, dass

Lieferung eiliger Bestellungen nicht fest binden können,

doch betrachten wir es als selbstverständlich, dass alles aufgegeben werden soll, den Wünschen unserer Kunden gerecht zu werden.

Brummer & Benjamin, J. Lewin, Leopold Nussbaum,
Bruno Freytag, Geschw. Loewendahl, Theodor Rühlemann,
A. Huth & Co., Alex Michel, Franz Reich,
M. Schneider, H. C. Weddy-Pönicke.

Vermischtes

Dünge-Mittel
für Gemüse, Kartoffeln u. s. w. haben vorräthig
Gebr. Wege, Schillerstr. 1, Tel. 1053.

Seife

weiche, vorzüglich zur Wäsche und Hausarbeit, gut schäumend,
5 Pfd. Mk. 2.50
Hilmesstraße 11,
Eingang Landwehrstraße.

Junger geliebter Jagdhund

in nur gute Hände zu verpacken
Schiffstraße 53, III.

Portland-Zement,

Zementkalk, Viehfutts empfiehlt
E. Büchner, Trotha.

Rheuma, Gicht, Gliederreissen, Ischias, Nervenschmerzen.

Das Rheumatische Leide ist gern kostlos mit, wie ich von meinen langjährigen, schwereren Verden in kurzer Zeit durch ein einfaches Mittel dauernd geheilt wurde.
Ernst Koch, Crimmitschau J. 19.

Halbbare Schuhwaren

zu wirklich billigen Preisen
im Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstraße 87.



I. Haft-Versicherung gegen Ungeziefer.
Johannes Meyer, Götzenstr. 18, pr.
Telephon 3418. Vertilgung von
Hirsgräber unter Garantie.
— Zahlung nach Erfolge. —

Balthasar Döll, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 33/34.

Pianos Flügel

Harmoniums, Kunstspiel- u. Elektrische Pianos.
Erstklassige Erzeugnisse aus deutschen Fabriken.
Kauf — Tausch — Miete mit Gutschrift bei Kauf.
Fabrik-Niederlage:
Blüthner, Steinway, Ibach, Irmiler
Katalog frei. Pianola Ducanola. Grosse Auswahl.

Verlag von Otto Hendel in Halle a. S.

Akabjah. Akabjabs Ruf.

Von Paul Lehmann.
Ungedruckte Tafelgemälde.

Die Lehren Akabjabs, des Weisen, des Gütigen, sollten Gemeingut der gesamten Menschheit werden. Ein Dichter des Friedens und der Menschlichkeit läßt hier seine Stimme erheben zum Trost und zur Aufrechterhaltung aller Bedrückten.

Preis eines jeden Bandes 2 Mark.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Unterricht.

Prof. Zanders höhere Privat-Knabenschule

Halle a. S., Friedrichstraße 24. — Telephon 2686.
Kleine Klassen von Sexta bis einschliesslich Untersekunda. Vorbereitung zum Ein- u. Freiwilligen-Examen. Arbeitsstunden unter Aufsicht. Beginn am 27. April cr. — Prospekt.

Beginn neuer Kurse

in rhythm. Gymnastik u. Gehörbildung für Erwachsene und Kinder Anfang Mai (Sonderkursus für 5- und 6jähr. Kinder).
Hedwig Nottebohm,
Diplom. Lehrerin für rhythm. Gymn. Gehörbild. u. Improv.,
Lafontainestr. 8, I.

Geldverkehr

Geschäfts-teilhhaber.

Sie oder Dame zur Beteiligung an reellen Geschäft mit Familien-Ansprüch.
Köpfe, Eigentümern,
Jessen (Wittenberg), Markt 250.

Zahnleidende!

Zähne werden unlang. Ver-
mangert u. 2 Mk. an ein-
geleht. Gold, Silber, Platin,
Kupfer, Borzellan, Semeni-
plomben etc. u. 1.50 Mk. an.
Schmucksteinen mit, in, in, in,
Keroliten, Jahrestag, etc. bill.
Unter 2 Goldkrön, Bräutl. u. Gilt-
schmuck etc. Gewerkl. id. 5. - 1. 2. - 7.
auch Sonntag. Reparaturen 10.
Halle a. S., 5 Weisstr. 5 L.

Alb. Loewenstein, Dentist.

Finan. künft. Zähne u. Plomben
in kürz. Zeit. Sangjährige Praxis.

Wollwasch-Seife

Einig 20 Pfd.
unverfälscht aus Wollwollen von Galt-
schen Sportwägen Erzeuger, wohl
Unterzug, wolleinen Strümpfen etc.
Schnee Nchl., Gr. Steinstr. 84

Zu verkaufen

Bohnenstangen

Baum und Stöpselstange
Schumann, Gr. Steinstraße 30.
Sonnatags früh von 1/8-1/10 geöffnet.

Deutsches Reichsadreßbuch 1915

(3 Bände) gut erhalten, zu verkaufen.
Gef. Off. u. Z. 2888 an d. Exp. d. V.
Offene Stellen
Gesucht!
Zum 1. Okt. Materialbedürfnisse Verkauft
für Kurz-, Weis- u. Hadenwaren
die auch im Abändern von Konjekten
bewandert, bei freier Station für
dauernde Stellung gesucht. Offert. mit
Bild und Zeugnisabschriften erbeten.
Nur wirklich tüchtige Damen, nicht
unter 18 Jahren, wollen sich bewerben
B. Richter Nachf.,
Rauen b. Berlin.

Vermietungen

Friedrichstraße 12
eine Ein. 1400 Mk. ab. gel. 700 Mk.
per 1. 10. u. verm. Wej. und Käfers
vom. II. Etage redit.

Friedrichstraße 11 a

frül. mod. 2 Etage 6 Zim., Zub., Gas
u. elektr. Licht u. 1. 10. u. verm. Frä. p.